

**Rede der Präsidentin des Deutschen Städtetages,  
Oberbürgermeisterin Petra Roth, Frankfurt am Main**

**„Bürgerschaftliches Engagement stärkt die Kommunen“**

**anlässlich des Fachkongresses**

**„Bürger für Bürger – Engagement in Kommunen stärken!“**

**am 18. Mai 2009**

**im Estrel Hotel & Convention Center in Berlin**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Fachkongress „Bürger für Bürger – Engagement in Kommunen stärken!“ hier in Berlin. In diesem Jahr ist der Mai mit einigen hochkarätigen Veranstaltungen im kommunalen Bereich belegt: Zu erwähnen sind hier die gerade hinter uns liegende Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum sowie der Kongress und die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in der kommenden Woche. Umso mehr freue ich mich, dass auch zu diesem wichtigen Fachkongress so viele Teilnehmer aus ganz Deutschland gekommen sind.

Das Thema ist es allemal wert. Das hat auch die alljährliche Themenwoche der ARD deutlich gemacht: Die ARD widmete sich in der vorigen Woche schwerpunkartig dem Thema „Ehrenamtliches Engagement“. Dabei wurde deutlich, in welcher vielfältigen Weise sich Bürgerinnen und Bürger in unserem Land engagieren. Und lassen Sie es mich deutlich sagen: Ob im sozialen Bereich oder im Sportverein, in der Kultur oder in der Politik – dieses Engagement muss gestärkt und gefördert werden.

Denn bürgerschaftliches Engagement nutzt den Menschen, für die sich ehrenamtlich Engagierte einsetzen. Und es nutzt den Engagierten selbst, die in vielerlei Hinsicht Zufriedenheit aus ihrem Engagement gewinnen. Und nicht zuletzt nutzt es auch uns in den Kommunen: Durch den ehrenamtlichen Einsatz vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger können die Rahmenbedingungen vieler Leistungen in den Städten, Kreisen und Gemeinden verbessert und der Ausbau zusätzlicher Angebote und Maßnahmen gestärkt werden.

Bürgerschaftliches Engagement mit seiner Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeit ist ein zentraler Bestandteil eines funktionierenden Gemeinwesens. Es gibt nicht auf der einen Seite die Bürgerinnen und Bürger und auf der anderen Seite die Kommune. Nahezu übereinstimmend ist in den Kommunalverfassungen der Länder geregelt, dass die Kommunen ihre Aufgaben in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung zum gemeinsamen Wohl aller Einwohner durch ihre von den Bürgern gewählten Organe und im Rahmen der Gesetze durch die Bürger unmittelbar erfüllen. Wir alle sind Kommune.

Die Kommunen müssen eine große Bandbreite von Aufgaben erfüllen. Von der Kinderbetreuung bis hin zur Pflege älterer Menschen, von der Trinkwasserversorgung bis hin zur Abfallbeseitigung, von der Kultur bis hin zu einem funktionierenden Personennahverkehr – es gibt kaum eine Aufgabe, die nicht auf kommunaler Ebene wahrgenommen und erledigt werden muss. Kein privates Unternehmen hat eine solche Bandbreite mit höchst unterschiedlichen Aufgaben zu erledigen.

Gerade in Zeiten einer weltweiten Finanzkrise und den damit verbundenen drastisch sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben muss die Förderung bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig gesichert und sein weiterer Ausbau befördert werden. Schon deshalb kann die Bedeutung dieses Fachkongresses und die damit verbundene Botschaft für die Kommunen und für die Menschen in Deutschland nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Denn eines muss an dieser Stelle in aller Deutlichkeit festgehalten werden: Für die Städte und Gemeinden ist das bürgerschaftliche Engagement, die ehrenamtliche Wahrnehmung von Aufgaben und das, was Bürgerinnen und Bürger freiwillig für ihr Gemeinwesen leisten, unverzichtbar. Von der Kultur über den Sport bis hin zu den sozialen Diensten könnte vieles in der Tiefe und dem Umfang nicht mehr erledigt werden, wenn nicht Bürgerinnen und Bürger bereit wären, ihre Freizeit für das Gemeinwesen zu opfern.

Die Motivation des Engagements ist dabei zunächst zweitrangig.

In vielen Fällen stehen durchaus altruistische Gründe im Vordergrund, wenn Menschen sich ehrenamtlich engagieren. Wir wissen, dass ehrenamtliches Engagement für Mitmenschen und für die Gemeinschaft für viele Engagierte eine wichtige Quelle für persönliche Zufriedenheit ist.

Für viele Menschen ist aber auch ihre ganz konkrete private Situation die vorrangige Motivation des Handelns – so liegt es nahe, dass sich Eltern aus ganz konkretem persönlichen Interesse in Kindertageseinrichtungen oder Schulen engagieren. Es gibt viele gute Beispiele in den Städten und Gemeinden - von bürgerschaftlich organisierten Projekten bis zur umfassenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Vielfach sind diese noch nicht hinreichend bekannt.

Unbestritten sind die Kommunen ein Teil der öffentlichen Gewalt. Sie führen staatliche Aufgaben aus. Aber damit erschöpft sich bei weitem nicht die Funktion der Kommunen. Die Institution der kommunalen Selbstverwaltung gewinnt ihre eigentliche Legitimation aus der Möglichkeit, die Bürgerschaft unmittelbar an der Gestaltung des Lebensumfeldes zu beteiligen.

Schon Perikles, der wohl größte Staatsmann Athens formulierte: „Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.“ Kommunale Selbstverwaltung ist nichts anderes als die Umschreibung für die Aktivierung der Menschen für ihre eigenen Angelegenheiten mit dem Ziel, das Wohl der Einwohner zu fördern und die geschichtliche und heimatliche Eigenart zu bewahren. Diese Definition der Selbstverwaltung gilt es unter den heutigen Gegebenheiten mit Leben zu erfüllen.

Es gilt deshalb den Begriff der Bürgerkommunen mit Leben zu erfüllen. Es gilt, das Bedürfnis der Bürger nach Partizipation und Engagement ernst zu nehmen und zu stärken. Dann wird auch das gestärkt, was zugleich Voraussetzung und Ergebnis einer lebendigen kommunalen Selbstverwaltung ist: Ich meine die Identifikation der Menschen mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, mit „ihrer“ Stadt oder mit „ihrer“ Gemeinde.

Wir stellen fest, dass wir die schon länger anhaltende Diskussion über die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements nun führen vor dem Hintergrund der größten Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese zu leugnen oder in ihrer Bedeutung zu schmälern wäre unverantwortlich. Die steigenden Sozialhilfelasten, die Rückgänge der Einnahmen werden nach den jüngsten Meldungen in diesem Jahr – und wohl noch mehr im kommenden Jahr – dazu führen, dass der kommunale Gesamthaushalt nach einigen guten Jahren wieder ein Defizit aufweisen wird. Diese Aussichten sind in der Tat nicht sehr ermutigend. Letztlich stellt sich nicht nur die Frage nach der Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, sondern die Frage nach der Zukunft unseres Gemeinwesens insgesamt.

Wenn Städte und Gemeinden in großem Umfang die Personalkosten und ihre Pflichtaufgaben bereits über Kredite finanzieren, wenn freiwillige Leistungen, zum Beispiel für die Schuldner- und Suchtberatung, die Jugendarbeit und Vereinsförderung immer mehr ausgedünnt oder ganz zurückgefahren werden müssen, wenn zum Beispiel Musikschulen vor dem Aus stehen und

die Kulturarbeit beschnitten werden muss, beschleunigt dies die Entfremdung der Menschen von der Politik und vom Staat.

Die kommunale Selbstverwaltung lebt gerade von den so genannten freiwilligen Aufgaben und nicht davon, einfach nur staatliche Pflichtaufgaben abzuwickeln. Wer diese Entwicklung nicht stoppt, legt die Axt an die Zukunft unseres Gemeinwesens. Wer Bürgernähe und Subsidiarität ernst nimmt, muss das Gemeinwesen von unten stärken und nicht von oben Wohltaten verkünden, die andere bezahlen.

Eines möchte ich hier auch ganz deutlich machen: Die Finanznot des Staates darf nicht dazu führen, dass die Bürger zum Ausfallbürgen des Staates werden. Gerade unter dem Stichwort „Zukunft des Sozialstaates“ wird dieser Punkt kritisch diskutiert, weil man befürchtet, das bürgerschaftliche Engagement solle einen Abbau staatlicher Leistungen kompensieren. Die Bürgerschaft kann und soll in Zeiten leerer Kassen nicht alles das richten, was die Kommunen aus ihrer Finanznot nicht mehr leisten können. Dies wäre ein falsches Verständnis. Es würde die Menschen eher abschrecken als sie zu ermutigen, sich für das Gemeinwesen vor Ort zu engagieren.

Vielmehr sollte über ein neues Selbstverständnis nachgedacht werden, was der Staat – und damit meine ich Bund, Länder und Kommunen – selbst erfüllen muss und was die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und Verbände, Selbsthilfeinitiativen und Selbsthilfeorganisationen nicht besser eigenständig tun können.

Wir im Deutschen Städtetag plädieren seit langem für eine konstruktive Aufgabenkritik. Dabei ist aber Augenmaß gefragt und keine ideologiebestimmten Grundsatzdebatten. Gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich nämlich deutlich, dass die Menschen in unserem Land sich verstärkt dem Staat zuwenden, dass sie „vom Staat“ ein gewisses Maß an Schutz vor der Krise und Hilfe in der Krise erwarten. Und die Entwicklungen der vergangenen Jahre, etwa auf den Finanzmärkten, haben ja deutlich gemacht, dass private Akteure und der Markt nicht automatisch alles besser machen als die öffentliche Hand. Wer in einer solchen Situation einfach pauschal sagt: „Bund, Länder und Kommunen sind finanziell ohnehin überfordert und sollten die Hände von möglichst vielen Aufgaben lassen“, würde es sich zu einfach machen. Gerade jetzt in Zeiten der Krise kommt es darauf an, dass Bund, Länder und

Kommunen gemeinsam daran arbeiten, die Krise zu überwinden und ihre Folgen für die Menschen möglichst zu mildern.

Trotzdem ist eines sehr wahr: Die Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement in der Finanzkrise bietet die Chance für ein neues Miteinander von Kommunen und Bürgerschaft. Es ist die Chance zur Formulierung eines neuen gesellschaftlichen Leitbildes, bei dem Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements eine wesentliche Rolle spielt: Was die Gesellschaft besser lösen kann, da muss und soll der Staat nicht reglementieren und selbst erledigen.

Ich glaube, dass der alles alimentierende und alles umfassende Staat keine Zukunft hat. Das hat aber nicht in erster Linie finanzielle Gründe. Nein: Bürgerinnen und Bürgern muss die Möglichkeit aktiver Mitgestaltung des örtlichen Gemeinwesens eingeräumt werden. Noch immer gibt es zu starke Seilschaften der „Profis“, die ein Einbinden der bürgerschaftlichen Mitarbeit verhindern. Letztlich geht es um das, was als „Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung“ bezeichnet werden könnte. Es geht darum, die Subsidiarität wieder mit Leben zu erfüllen.

Der Weg hin zu dieser Bürgerkommune ist weit. Es gibt immer noch viele offene Fragen, die nur stichwortartig angesprochen werden können:

- Wie schaffen wir es, das Miteinander von hauptamtlichen Fachkräften und ehrenamtlich Engagierten zu verbessern?
- Welche fachlichen Standards sind notwendig und was behindert bürgerschaftliches Engagement?
- Sind Berufs- und Fachverbände, aber auch die Fachressorts in Ministerien und die Fachämter und Fachbereiche in den Kommunen bereit, diesen Weg mitzugehen?
- Welcher Anerkennungskultur bedarf es für bürgerschaftlich engagierte Menschen unter den Stichworten Würdigung, Wertschätzung und Weiterbildung?
- Wie schaffen wir eine Gelegenheitsstruktur, die auch diejenigen zum Mitmachen anregt, die im Augenblick dem Engagement noch fern stehen?

- Wie erreichen wir die jungen Familien in den Kommunen? Nutzen wir ausreichend die Kompetenz der jungen Alten? Hier gibt es viel Professionalität, welches es abzurufen gilt.
- Gelingt es uns, dass das bürgerschaftliche Engagement nicht ein Thema der Mittelschicht bleibt, sondern alle Schichten unserer Bevölkerung mitnimmt? Wie können wir insbesondere auch die Arbeitslosen für bürgerschaftliches Engagement gewinnen?
- Wie können wir insbesondere die Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen?
- Was ist notwendig, um Unternehmen stärker in die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einzubinden ?

Noch allzu häufig wird das Engagement Einzelner im Arbeitsleben in Deutschland eher argwöhnisch und ablehnend betrachtet. In anderen Staaten trägt es dagegen zur Förderung der Karriere bei. In Deutschland spielt dagegen die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Unternehmen eine im internationalen Vergleich eher untergeordnete Rolle. Wirtschaftsunternehmen unterstützen den Dritten Sektor zwar durch Geld- und Sachspenden, es ist aber eher ungewöhnlich, dass freiwilliges Engagement auch innerhalb der Erwerbsarbeitszeit stattfinden kann oder von Unternehmen bewusst unterstützt und gefördert wird. Dabei sollten Unternehmen erkennen, dass die Übernahme sozialer Verantwortung im Unternehmen und in der Gesellschaft in der Regel von hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgt, die auch dem Unternehmen selbst wieder nutzen.

- Welcher Veränderungen bedarf es in den Kommunalverwaltungen, um bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen? Sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend geschult und sind sie bereit, Macht abzugeben an diejenigen, die selbst gestaltend Aufgaben übernehmen wollen?
- Wie ist die Konfliktlage zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik und bürgerschaftlichem Engagement im Sinne stärkerer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Ausformulierung kommunaler Entscheidungsprozesse? Dabei ist hervorzuheben, dass

auch die Mitglieder der Kommunalvertretungen ehrenamtlich Tätige sind. Deshalb gilt es sie mitzunehmen und ihnen deutlich zu machen, welche Vorteile auch die Kommunalpolitik von einer stärkeren Partizipation und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der repräsentativen Demokratie haben könnte.

- Wie schaffen wir es gerade in den Schulen, Bewusstsein für bürgerschaftliches Engagement zu wecken? Warum sind uns hier viele andere europäische Staaten voraus?
- Welche Rahmenbedingungen bieten die Kommunen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements? Welche aktivierenden und begleitenden Elemente sind zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements notwendig?
- Wie können kreisangehörige Städte und Gemeinden und Kreise gemeinsam in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zusammenwirken? Unstreitig spielt sich das bürgerschaftliche Engagement in den Städten und Gemeinden – also vor Ort – ab. Gleichwohl können die Kreise – abhängig auch von der jeweiligen Gemeindegröße und -struktur im jeweiligen Kreis – eine unterstützende Hilfe anbieten. Das sollte jedoch ausschließlich auf freiwilliger Basis geschehen.

Einige der offenen Fragen können die Städte und Gemeinden selbst klären. Die Kommunen müssen ihren Weg der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort selbst finden. Es darf keine „aufgezwungenen“ Handlungsoptionen geben. Beispielhaft für derartige Lernprozesse ist das Gemeindenetzwerk in Baden-Württemberg, in dem sich zurzeit rund 50 Städte und Gemeinden zusammengefunden haben.

Unstreitig bedarf es aber auch der Hilfe von Bund und Ländern. Hier ist anzumerken, dass auch anderthalb Jahre nach Erscheinen des Abschlussberichtes der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ sich zumindest in zwei Fragen noch nicht sehr viel bewegt hat: Neben der Finanzkrise der Kommunen – ich darf darauf hinweisen, dass es um die Kommunalfinanzen schon vor Beginn der aktuellen Krise vielerorts schlecht bestellt war – ist das die immer weiter zunehmende Verrechtlichung unseres Gemeinwesens.

Das wohl stärkste Hindernis des bürgerschaftlichen Engagements liegt darin, dass in der Ministerialbürokratie nach wie vor darüber nachgedacht wird, mehr Standards zu schaffen als

Freiräume zu gestalten. Die immer wieder gepredigte „Ermöglichungskultur“ hat sich noch nicht bis dorthin durchgesetzt. Dabei wird es auch aufgrund der demografischen Entwicklung zwingender denn je, das Nebeneinander von Fachkräften und Ehrenamtlichen zu fördern. Wer meint, zukünftig zum Beispiel viele der sozialen Dienstleistungen ausschließlich mit Fachkräften aufrechterhalten zu können, verschließt die Augen vor der Realität.

Es ist deshalb zwingend notwendig, dass eine Art „Engagementverträglichkeitsprüfung“ in der Gesetzgebung einführt wird. Es sollte bei den infrage kommenden Gesetzen und Verordnungen geprüft werden: Fördern bzw. ermöglichen sie bürgerschaftliches Engagement oder verhindern bzw. erschweren sie es? Dies gilt im Übrigen auch für untergesetzliche Normgebungsprozesse, an denen – man muss das auch durchaus kritisch zugestehen – allzu oft kommunale Vertreter beteiligt sind. Gemeinsam ist dafür zu sorgen, dass zukünftig durch die Regelungen von Markt und Wettbewerb in der Europäischen Union nicht bürgerschaftliches Engagement eingeschränkt wird.

Die Kommunen schließlich bleiben aufgefordert, Gelegenheitsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement zu eröffnen und die Rahmenbedingungen für dieses bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Dies kann in der Bereitstellung von Räumlichkeiten, in der infrastrukturellen Unterstützung oder durch die unterstützende Begleitung von Fachkräften geschehen. Dies bedingt aber – und damit schließt sich der Kreis der Ausführungen –, dass die Kommunen zunächst wieder über ausreichende finanzielle Mittel verfügen müssen, um überhaupt bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Die Bürgerkommune mit Leben zu erfüllen, setzt eine auskömmliche Finanzausstattung voraus. Je mehr Freiräume der kommunalen Selbstverwaltung und -gestaltung beschnitten werden, desto weniger Raum wird übrig bleiben für Partizipation der Bürgerschaft an kommunalen Entscheidungsprozessen (diese gibt es in vielen Städten und Gemeinden faktisch gar nicht mehr) oder bei der Gestaltung von Aufgabenfeldern. Deshalb ist es zwingend notwendig, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber deutlich zu machen, dass es bei der Überwindung der kommunalen Finanzkrise nicht nur um abstrakte Fragen der Finanzverfassung geht, sondern darum, wie sie ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder in den Städten und Gemeinden zu gestalten denken.

Deutschland wird von den Städten her und in den Städten modernisiert oder es wird nicht modernisiert. Zur Modernisierung gehören gleichermaßen die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und die Überwindung der kommunalen Finanzkrise.

Meine Damen und Herren,

mit diesen Gedanken eröffne ich den diesjährigen Fachkongress „Bürger für Bürger“ und wünsche uns allen eine gute Diskussion und neue Erkenntnisse für dieses wichtige Thema.